

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

A 001

Lfd.-Nr. 1149

DGB-Bundesvorstand

Umdenken – Gegenlenken – Die Krise überwinden Gesellschaftspolitische Positionen und Perspektiven der Gewerkschaften

Empfehlung der Antragsberatungskommission
Annahme

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

1 Die Weltwirtschaft steckt in der schwersten Krise seit 80 Jah-
2 ren. Entgegen vielfacher Deutungen war die Krise auf den Fi-
3 nanzmärkten jedoch nicht die einzige Ursache, sie war vor al-
4 lem der Auslöser. Seit Jahren gewachsene und politisch zu
5 verantwortende Verwerfungen haben diese große Systemkrise
6 des neoliberal-kapitalistischen Wirtschaftsmodells
7 herbeigeführt. Sowohl einzelne Regierungen, aber auch die
8 Europäische Kommission, haben umfassende Strategien der
9 Deregulierung, Liberalisierung und Entstaatlichung vorange-
10 trieben. In deren Folge hat eine massive Umverteilung zu Las-
11 ten der Masseneinkommen und zugunsten von Gewinnen und
12 großen Vermögen stattgefunden.

13

14 In Deutschland hat die Umsetzung dieser neoliberalen Doktrin
15 deutliche Spuren hinterlassen:

16

- 17 • der Arbeitsmarkt wurde umfassend dereguliert – zuletzt
18 im Zuge der Hartz-Reformen – und so der Druck auf das
19 Lohnniveau massiv erhöht;
- 20 • der Finanzmarkt wurde weitgehend liberalisiert und von
21 Beschränkungen weitestgehend befreit;
- 22 • die Privatisierung öffentlicher Leistungen wurde massiv
23 vorangetrieben;
- 24 • Entstaatlichung und Entsolidarisierung wurden mit dem
25 Ergebnis wachsender Ungleichheit immer weiter fortge-
26 setzt und beschleunigt;
- 27 • die Steuerpolitik hat schließlich durch wiederholte Steuer-
28 senkungen für Unternehmen, Vermögende und Empfän-
29 ger hoher Einkommen die Einnahmen des Staates massiv
30 geschwächt.

31

32 Das Dogma „mehr Markt statt Staat“ ist nun nachhaltig er-
33 schüttert. Die neoliberale Politik konnte ihre Versprechungen
34 bezogen auf mehr Wohlfahrt und Freiheit für alle nicht einhal-
35 ten. Vielmehr haben angebotsorientierte und neoliberale Poli-
36 tik(muster) wie auch die Verharmlosung und Falschdeutung
37 der Krisenerscheinungen das Gegenteil der Versprechungen
38 beschert.

39

40 Der nach 1989 grenzenlose Kapitalismus hat überzogen, wir
41 stehen vor einem neuen Umbruch. Es gibt großen Umbau-
42 bedarf, nicht nur in unserem Land, sondern in unserer westli-

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

43 chen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Letztere hat
44 zuletzt mehr Probleme geschaffen als gelöst – daran werden
45 wir ansetzen. Denn ein Umdenken findet nicht statt, erst recht
46 kein Gegenlenken.

47

48 Das gilt fürs erste auch für die schwarz-gelbe Bundesregie-
49 rung - auch wenn nur in Umrissen erkennbar ist, was sie vor-
50 hat. Prüfaufträge und Finanzierungsvorbehalte verschleiern
51 wichtige Weichenstellungen. Aber das Staats- und Ge-
52 sellschaftsverständnis ist schon im Koalitionsvertrag
53 formuliert: Mehr Eigennutz statt gemeinsamer Gestaltung,
54 mehr Privatisierung statt Stärkung der Solidarität, mehr Dere-
55 gulierung und Liberalisierung statt klarer Regeln und starker
56 Kontrolle. Faktisch drohen in Zukunft Sozialabbau und ein
57 weiteres Ausbluten bei öffentlicher Infrastruktur und Bildung,
58 um die durch krisenbedingten Mindereinnahmen und die Ban-
59 kenrettungen entstandenen Staatsschulden abzubauen.

60

61 Die Antworten der Regierung auf die Krise sind unzureichend.
62 Dabei sind viele Menschen durch die Ereignisse der letzten
63 Monate und Jahre verunsichert. Sie haben erlebt, dass Arbeit
64 unsicherer wird und nicht mehr vor Armut schützt. Sie sehen,
65 dass soziale oder ethnische Herkunft immer noch über
66 Lebenschancen entscheidet. Sie merken, dass Politik immer
67 weniger in der Lage ist, Antworten auf Überlebensfragen zu
68 geben oder sich gegen Klientelinteressen durchzusetzen. Sie
69 nehmen zur Kenntnis, dass sich Parallelgesellschaften bilden:
70 den einen gehört die Zukunft, die anderen haben keine Per-
71 spektiven. Sie verlieren den Glauben an die Demokratie und
72 wenden sich von demokratischer Beteiligung und Einmischung
73 ab.

74

75 **1. Gesellschaftspolitische Positionen und Perspek-** 76 **tiven der Gewerkschaften**

77

78 **Unser Selbstverständnis**

79

80 Unsere Werte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie
81 leiten unser Handeln. Sie sind unverzichtbar für eine men-
82 schenwürdige Gesellschaft und einen demokratischen Staat.
83 Das Sozialstaatsgebot ist für uns Ausdruck einer modernen
84 Demokratie. Ein starker Sozialstaat ist Garant für ein friedli-
85 ches und gerechtes Zusammenleben und den Zusammenhalt
86 einer Gesellschaft.

87

88 Darauf aufbauend steht seit jeher die Förderung der berufli-
89 chen Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und
90 Arbeitnehmer verbunden mit einem hohen Maß an sozialer Si-
91 cherung im Mittelpunkt unserer Arbeit. Kurz: es geht um das
92 Wohlergehen der Menschen. Wir wollen vermeiden, dass sie

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

93 in Abhängigkeit von staatlichen Bedürftigkeitsleistungen le-
94 ben müssen. Dafür ist existenzsichernde Erwerbsarbeit die
95 Voraussetzung.

96

97 Die soziale Marktwirtschaft mit ihren Kernelementen Tarifau-
98 tonomie, Mitbestimmung und Betriebsverfassung, das Solidar-
99 prinzip und der durch soziale Gerechtigkeit und Chancen-
100 gleichheit definierte Sozialstaat bilden die Grundpfeiler für
101 eine gerechte Gesellschaft. Sie sind auch in Zukunft unver-
102 zichtbar.

103

104 Wir sind selbstbewusst genug zu sagen: Ohne starke
105 Gewerkschaften sähe unsere Gesellschaft anders aus. Auf die
106 vielen Fortschritte, die wir vor allem in betrieblichen Ausein-
107 andersetzungen und mittels Tarifverträgen erreichen konnten,
108 können wir stolz sein: Vom Lohn und Gehalt zum Entgelt, von
109 der Absicherung im Krankheitsfall, dem Rationalisierungs-
110 schutz oder der Weiterbildung, vom Urlaub und der Arbeits-
111 platzgestaltung bis zum Kündigungsschutz, von der Fünf-
112 Tage-Woche bis zum 13. Monatsgehalt reicht der Katalog.
113 Hinzu kommen Wochenarbeitszeitverkürzung und die ge-
114 rechte Verteilung der vorhandenen Arbeit, Vereinbarungen
115 über Vorruhestand, Altersteilzeit und sehr, sehr viele betriebli-
116 che und tarifliche Initiativen zum Schutz vor Entlassungen und
117 zur ökonomischen Sicherung der Unternehmen.

118

119 In unserer langen Geschichte haben wir unseren Gestaltungs-
120 willen immer wieder bewiesen, auch und gerade in der
121 aktuellen Krise. Ohne Sozialpartnerschaft und Mitbestim-
122 mung, auch ohne unsere Tarifpolitik und unseren politischen
123 Druck, wären die Krisenfolgen noch härter gewesen. Für
124 Gewerkschaften ist es selbstverständlich, Verantwortung für
125 den Einzelnen und für das Ganze zu übernehmen.

126

127 Wir führen eine Debatte darüber wie eine zukunftsfähige und
128 nachhaltige Gesellschaft und Arbeitswelt aussehen und wel-
129 che Rolle darin den Gewerkschaften und ihrem Bund zukom-
130 men soll. Wir wollen die gesellschaftlichen Entscheidungsträ-
131 ger zum Umdenken bewegen und damit ein Gegenlenken
132 herbeiführen. Diese Debatte erfordert einen breiten ge-
133 sellschaftlichen Diskurs - auch um Beschäftigte aktiv einzubin-
134 den und mobilisieren zu können. Wir wollen sie transparent
135 und beteiligungsorientiert anlegen um ein gemeinsames und
136 breit akzeptiertes Verständnis der vor uns liegenden Aufgaben
137 zu erreichen.

138

139 Stärke und Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften sind Vor-
140 aussetzung für eine sozialintegrative und nachhaltige Wirt-
141 schaft- und Gesellschaftsordnung. An ihr werden wir arbei-
142 ten. Denn die Vertreter des neoliberalen Politikansatzes haben

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

143 über Jahre das gesellschaftliche Klima vergiftet, die politische
144 Debatte verengt und jeden Ansatz von politischen Alterna-
145 tiven im Keim erstickt. DGB und Gewerkschaften sind nicht
146 nur die Experten der Arbeitswelt, sie begreifen sich auch als
147 Interessenvertretung für eine gerechte Gesellschaft und ein
148 gutes Leben. In der heutigen Zeit heißt das in besonderem
149 Maße den jungen Menschen Perspektiven zu bieten.

150

151 Wir wollen gesellschaftliche Bündnisse mit denen ausbauen,
152 die unsere Zielsetzung unterstützen. Unsere Partner sind Kir-
153 chen, Sozialverbände, soziale Bewegungen, Sportvereine und
154 andere Organisationen des öffentlichen Lebens, die Solidarität
155 organisieren und Gemeinsinn stiften.

156

157 Krisen und Brüche sowie ein beschleunigter gesellschaftlicher
158 Wandel stellen uns ständig vor veränderte Herausforderun-
159 gen, auf die wir Antworten finden müssen. Wir werden den
160 Diskurs mit der Wissenschaft fördern und dort zusammen-
161 arbeiten, wo tief greifende und umfassende politische
162 Antworten erforderlich sind.

163

164 Die im Grundgesetz garantierte Tarifautonomie, eine demok-
165 ratische Betriebsverfassung und die Arbeit der Betriebsräte
166 sowie die gewerkschaftliche Mitbestimmung in Unternehmen
167 sichern uns selbständige Gestaltungsmöglichkeiten für die
168 Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen. Seit jeher
169 verfolgen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften das
170 Ziel, diese zu verbessern. Wir wollen die Menschenwürde in
171 der Arbeit zur Geltung bringen. Das heißt auch, dass Men-
172 schen von ihrer Arbeit gut leben können müssen. Wir
173 kämpfen gegen jede Form von Ausbeutung und Unterdrü-
174 ckung, Diskriminierung und Rassismus. Wir wollen die Wirt-
175 schaft demokratisieren und setzen uns mit unserer Tarif- und
176 Betriebspolitik für eine gerechte Verteilung, Humanisierung
177 der Arbeit („Gute Arbeit“) und umfassende Teilhabemög-
178 lichkeiten von Männern und Frauen ein.

179

180 **Die Rolle des DGB**

181

182 Der DGB ist und bleibt der Bund der Gewerkschaften. Er ist ihr
183 politischer Arm und Sprachrohr. Der Dachverband und seine
184 Gewerkschaften vertreten Millionen von Frauen und Männern:
185 Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte und Beamte, Erwerbs-
186 lose, Auszubildende, Studenten und Praktikanten - und dies
187 unabhängig davon, welcher Partei sie angehören, wo sie her-
188 kommen, welche ethnische Herkunft sie haben, ob sie religiös
189 gebunden oder weltanschaulich geprägt sind. Hauptaufgabe
190 der Gewerkschaften ist die Interessenvertretung in den Betrie-
191 ben und Verwaltungen, der DGB hat dabei unterstützende
192 Funktion.

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

193 Genauso vertreten der DGB und seine Gewerkschaften die In-
194 teressen derer, die nicht mehr aktiv im Erwerbsleben stehen.
195 Sie brauchen unsere Unterstützung um in den öffentlichen De-
196 batten wahrgenommen zu werden und erwarten unseren Ein-
197 satz für ihre gesellschaftliche Teilhabe insbesondere bei The-
198 men wie Rente, Pflege, Betreutes Wohnen oder Sicherheit im
199 Alter.

200

201 Wir wollen die Gewerkschaften als Wertegemeinschaft
202 stärken. Das ist in einer immer weiter individualisierten Ge-
203 sellschaft eine zentrale Herausforderung. Dabei ist klar: Soli-
204 darität ist ein unverzichtbarer Wert des gesellschaftlichen Zu-
205 sammenhalts.

206

207 Wir haben zukunftsweisende Konzepte für eine moderne Wirt-
208 schaft-, Sozial-, Finanz- oder Bildungspolitik, die wir gemein-
209 sam und offensiv in die politische Arena tragen. Neue Par-
210 teien und neue Koalitionsmöglichkeiten machen es nötiger
211 denn je, die parteipolitische Unabhängigkeit auf Grund des
212 Prinzips der Einheitsgewerkschaft zu wahren.

213 Wir führen kritisch-konstruktive Dialoge mit allen Regierun-
214 gen, Parlamenten und demokratischen Parteien. Damit neh-
215 men wir pragmatisch Einfluss – in den Kommunen, auf Lan-
216 des- und Bundesebene, aber auch in Europa und den Gremien
217 globaler Zusammenarbeit.

218

219 In der Kommunikation müssen wir neue Medien nutzen um
220 den Veränderungen im Medienverhalten vor allem junger
221 Menschen gerecht zu werden. Wer Politik gestalten und at-
222 traktiv für jüngere Menschen sein will, muss sie aufgreifen. So
223 wichtig es ist, in und über die Parteien Einfluss auf Politik zu
224 nehmen – es ist in der heutigen Zeit nicht mehr ausreichend.

225

226 Wir vertreten also die Interessen unserer Mitglieder in den
227 Parlamenten, in den Medien, im Internet und auf der Straße,
228 insbesondere bei Themen wie Arbeit, Rente mit 67,
229 Gesundheitspolitik oder Mindestlohn. Dafür bauen wir wo nö-
230 tig Druck auf Regierungen und Parlamente auf. Wir müssen
231 für unsere Anliegen werben, Themen wenn nötig zuspitzen,
232 unsere Bündnisse mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Ge-
233 sellschaft stärken, kritische Diskurse anstoßen und öffent-
234 lichkeitswirksame Aktionen durchführen.

235

236 **Starke Gewerkschaften – starker Bund**

237

238 DGB und Gewerkschaften formulieren ihre Ziele und Anforde-
239 rungen an die Politik und andere gesellschaftliche Gruppen.
240 Der DGB trägt diese gemeinsamen Vorstellungen im Namen
241 der Gewerkschaften in die Politik. Das Prinzip der Einheits-
242 gewerkschaft ist die Grundlage für sein politisches Agieren.

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

243 Unsere Stärke hängt eng mit der Mitgliederentwicklung zu-
244 sammen. Ohne starke, einige und solidarisch handelnde Mit-
245 gliedsgewerkschaften ist auch ihr Bund weniger durch-
246 setzungsstark. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können
247 nur durch gemeinsames Handeln in starken Einheits-
248 gewerkschaften ihre sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und
249 gesellschaftspolitischen Interessen in der Arbeitswelt, in der
250 Gesellschaft und im Staat wirkungsvoll vertreten.

251

252 **Neue Mitglieder gewinnen**

253

254 Die Mitgliederentwicklung ist und bleibt die zentrale Frage. Es
255 geht um den Erhalt und den Ausbau der gewerkschaftlichen
256 Organisationsmacht als Voraussetzung für größere betriebs-
257 und gesellschaftspolitische Durchsetzungskraft. Die
258 Gewerkschaften müssen ihre Bindungen zu ihren Mitgliedern
259 stärken und neue Mitglieder gewinnen. Wir alle zusammen
260 müssen in Betrieben und Unternehmen, in Verwaltungen und
261 Einrichtungen, in Politik und Öffentlichkeit präsenter werden.
262 Neue innovative Branchen, mittelständische Unternehmen
263 und vor allem junge und weibliche Beschäftigte in höherquali-
264 fizierten Berufsgruppen müssen für unsere betriebs- und ge-
265 sellschaftspolitische Durchsetzungskraft hinzugewonnen wer-
266 den. Sich ausdifferenzierende Beschäftigtengruppen mit
267 neuen Anforderungen an eine starke Interessenvertretung
268 erfordern eine neue Form gewerkschaftlichen Handelns.
269 Passgenaue und schnelle Kommunikation, mehr gemeinsame
270 Arbeitsweisen und neue Organisationsformen über die heu-
271 tigen Grenzen hinweg werden immer wichtiger.

272

273 **Betriebsarbeit stärken**

274

275 Die gewerkschaftliche Betriebspolitik ist der Kern der Organi-
276 sationsentwicklung. Sie muss durch einen ständigen Erfah-
277 rungsaustausch gestärkt und von öffentlichkeitswirksamen
278 Aktionen begleitet werden. Ohne starke betriebliche Veranke-
279 rung gibt es keine Mobilisierungs- und Aktionsfähigkeit der
280 Gewerkschaften.

281

282

283 **Tarifpolitik als herausragende Aufgabe**

284

285 Die Tarifpolitik ist das zentrale Handlungs- und Gestaltungs-
286 feld der Gewerkschaften, um die Lebens- und Arbeits-
287 bedingungen der Beschäftigten zu verbessern. Die grundge-
288 setzlich garantierte Tarifautonomie sichert die Handlungs-
289 fähigkeit der Gewerkschaften in der Tarifpolitik. Eine starke
290 Mitgliederbasis ist eine wesentliche Voraussetzung für die
291 Durchsetzung tarifpolitischer Ziele. Weiterhin nimmt der DGB

292

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

293 als Spitzenorganisation in beamtenrechtlichen Fragen seine
294 Funktion wahr.

295

296 Gewerkschaftliche Tarifpolitik orientiert sich an der Entwick-
297 lung von Produktivität sowie an der Preisentwicklung und
298 Umverteilungs- sowie Gestaltungszielen.

299

300 Die Gewerkschaften agieren zur tarifpolitischen Gestaltung
301 von Arbeits- und Entlohnungsbedingungen gemeinsam. In
302 den letzten Jahren hat die Auseinandersetzung um Mindest-
303 entlohnungsbedingungen an Bedeutung gewonnen. Durch
304 vielfältige Aktionen müssen Kolleginnen und Kollegen mobili-
305 siert, durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit die breite
306 Bevölkerung für die legitimen tarifpolitischen Ziele der
307 Gewerkschaften gewonnen werden. Eine qualitative Tarifpoli-
308 tik hat zudem die Aufgabe, auf gesamtgesellschaftliche Her-
309 ausforderungen, z.B. die demografische Entwicklung, einzuge-
310 hen und praxistaugliche Antworten zu finden. Sie kann und
311 soll nicht sozialstaatliche Regelungen ersetzen. Eine neue Her-
312 ausforderung besteht darin, den europarechtlichen Ein-
313 schränkungen des Streikrechts oder der tarifpolitischen Hand-
314 lungsfähigkeit entgegenzutreten. Verschlechterungen unserer
315 elementaren Rechte werden wir mit allen Mitteln abwehren.

316

317 **2. Die Ursachen der Krise überwinden – der menschl-** 318 **iche Weg**

319

320 Die gängige Interpretation, dass Deutschland insgesamt auf
321 einem guten Weg gewesen und lediglich Opfer der von den
322 USA ausgehenden Finanzmarktkrise geworden sei, ist falsch.
323 Sie übersieht die globalen Folgen einer neoliberalen Politik,
324 die auf immer „mehr Markt“ und „weniger Staat“, auf immer
325 mehr Deregulierung und Umverteilung von unten nach oben
326 setzt. Und sie übersieht, dass unser Land als vielmaliger
327 Exportweltmeister zwar in vielfältiger Hinsicht von der globali-
328 sierten Wirtschaft profitiert, genauso aber die Schattenseiten
329 der Globalisierung zu spüren bekommt. Der weltweite Un-
330 terbietungswettbewerb um niedrige Steuern, soziale Siche-
331 rungssysteme und Standards sowie Arbeitskosten und -
332 bedingungen hat auch hier tiefe Spuren hinterlassen.

333

334 Tatsächlich haben wir es in Deutschland und weltweit mit ver-
335 schiedenen, sich gegenseitig bedingenden und zuspitzenden
336 Krisen zu tun:

337

- 338 • einer Weltwirtschaftskrise – denn die Weltwirtschaft ist
339 vor der Finanz-Krise 2008 aus dem Gleichgewicht gera-
340 ten;
- 341 • einer Finanzkrise – denn die Finanzmärkte wurden in vie-
342 len Ländern mit dem Ergebnis dereguliert, dass mit Fi-

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

- 343 nanzanlagen in den vergangenen Jahren mehr Geld ver-
344 dient wurde als mit Investitionen in Maschinen, Anlagen
345 und Arbeitsplätze;
- 346 • einer weltweiten Beschäftigungskrise – verursacht durch
347 die völlig unzureichende Schaffung von Arbeit in den Ent-
348 wicklungsländern und durch die Zerstörung vorhandener
349 Arbeit in den Industrie und Entwicklungsländern ver-
350 schärft;
 - 351 • einer ökologischen Krise – denn trotz der sich dramatisch
352 zuspitzenden ökologischen Krise ist von konkreten Ansät-
353 zen zu einem qualitativen Wachstum bislang kaum etwas
354 zu spüren;
 - 355 • einer Konjunkturkrise – denn auch ohne Finanzmarktkrise
356 war der Aufschwung bereits im Sommer 2008 zu Ende;
 - 357 • einer Strukturkrise – denn viele Branchen wurden und
358 werden von Überkapazitäten belastet. Dieses Problem
359 wird durch die unbalancierte Entwicklung von Export und
360 Binnennachfrage noch verschärft;
 - 361 • einer Sozialstaatskrise – denn wir erleben eine seit Jahren
362 andauernde Unterfinanzierung des Sozialstaats einerseits
363 und andererseits mehr soziale Polarisierung und Prekari-
364 sierung, die Erosion der „Mittelschicht“ und damit ein
365 Auseinanderdriften der Gesellschaft. Vor allen Dingen die
366 Jugend wird um ihre Zukunft gebracht;
 - 367 • einer Legitimationskrise – denn die Politik der Entstaatli-
368 chung hat nicht nur Folgen für die Beschäftigten in priva-
369 tisierten Bereichen sondern für die Demokratie, deren
370 Handlungsfähigkeit gemäß dem Dogma „Privat vor Staat
371 “ vielerorts beschnitten wurde

372
373 Die Vorstellung sich selbst steuernder Märkte wurde einmal
374 mehr als Mythos enttarnt. Ohne Staat waren die Märkte nicht
375 mehr zu stabilisieren. Es ist unbestritten, dass Märkte einen
376 wichtigen Wohlstandsbeitrag leisten, doch gleichzeitig sind sie
377 sozial und ökologisch blind. Die aktuelle Renaissance des
378 Staates ist kein Ausdruck eines Umdenkens. Im Gegenteil: Die
379 Finanzindustrie instrumentalisiert den Staat für ihre Interes-
380 sen. Sein sozialer Charakter bleibt ein umkämpftes Feld.

381
382 Die Anhänger des neoliberalen Politikansatzes haben stets be-
383 betont, dass dieser alternativlos sei. Doch es gibt Alternativen zu
384 ihren politischen oder unternehmerischen Entscheidungen, ge-
385 nau so wie es Antworten auf die Folgen technologischer Ent-
386 wicklungen oder des demografischen Wandels gibt.

387
388 **Die ökonomischen und politischen Rahmenbedingun-**
389 **gen verändern**

390
391 Der moderne Kapitalismus hat enormen sozialen, ökonomi-
392 schen und ökologischen Modernisierungsbedarf. Der DGB und

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

393 seine Mitgliedsgewerkschaften stellen sich dieser Her-
394 ausforderung. Wir treten für eine Politik ein, die den Men-
395 schen in den Mittelpunkt stellt und nicht den Markt und die
396 Gewinninteressen einer Minderheit. Dabei sind die sozialen,
397 ökonomischen und ökologischen Interessen der Arbeitnehme-
398 rinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien, die zunehmend
399 auch durch den Klimawandel gefährdet sind, für uns stets der
400 wichtigste Orientierungsrahmen. Er bestimmt das verantwort-
401 liche Handeln der Gewerkschaften und ihren Einsatz für einen
402 grundlegend neuen Entwicklungspfad in Wirtschaft und Ge-
403 sellschaft: er wird sozial, gerecht, solidarisch, ökologisch und
404 ökonomisch effizient sein – es wird ein Pfad qualitativen
405 Wachstums sein. Er wird das Verhältnis von Realwirtschaft
406 und Finanzkapitalismus wieder zurechtrücken.

407

408 **Finanzmarktregulierung**

409

410 Wir haben Konzepte entwickelt, die die Wiederholung einer
411 Krise dieses Ausmaßes verhindern. Sie gilt es auf nationaler
412 und internationaler Ebene durchzusetzen. Grundsätzlich hal-
413 ten wir mehr Transparenz, Aufsicht und verbindliche Schran-
414 ken auf den internationalen Finanzmärkten für unabdingbar.

415

416 Wir brauchen einen neuen Ordnungsrahmen für die Fi-
417 nanzmärkte. Dieser sollte langfristige Realinvestitionen
418 fördern und kurzfristige Spekulation verhindern.

419

420 Banken müssen zukünftig wieder der Realwirtschaft dienen.
421 Die Geschäftspolitik muss am Wohl der Allgemeinheit und
422 darf nicht am Wohl der Manager und Aktionäre ausgerichtet
423 sein.

424

425 Schließlich sollte verhindert werden, dass Kommunen und
426 Landesbanken sich an riskanten Finanzgeschäften beteiligen,
427 in denen Steuergelder verspielt werden. Hier bedarf es klarer
428 gesetzlicher Regeln.

429

430 Die Verursacher der Krise sollen an den Kosten ihrer Bewäl-
431 tigung beteiligt werden. Andere Länder machen vor dass das
432 geht.

433

434 **Globale Wirtschaftspolitik**

435

436 Die akuten Krisen verstärken die weltweite Ungleichheit. Wir
437 setzen uns daher für ein neues globales Wirtschaften ein, das
438 auch die in den Blick nimmt, die bislang abgehängt sind. Wir
439 wollen dazu beitragen, dass das Instabilitätspotential des ka-
440 pitalistischen Systems abnimmt und die Ressourcenvernich-
441 tung begrenzt wird. Voraussetzung ist eine neue Weltwirt-
442 schaftsordnung und eine politische Regulierung des kapitalis-

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

443 tischen Systems. Auch im Rahmen des G20-Prozesses haben
444 wir unsere Vorstellungen einer gerechteren und sozialeren
445 Weltwirtschaftsordnung eingebracht.

446

447 Globale Krisen erfordern globale Antworten – auch von
448 Arbeitnehmerseite. Mit dem Zusammenschluss zu einem Inter-
449 nationalen Gewerkschaftsbund (IGB) hat die Gewerkschafts-
450 bewegung ein deutliches Zeichen gesetzt. Die Gewerkschaften
451 werden ihre internationale Zusammenarbeit ausbauen und ei-
452 ner neuen sozial und ökologisch ausgerichteten Weltwirt-
453 schaftsordnung Geltung verschaffen.

454

455 **Soziales Europa**

456

457 Die europäische Integration wurde vom DGB und den
458 Gewerkschaften stets positiv begleitet, nicht zuletzt wegen ih-
459 rer friedensstiftenden Funktion nach dem Zweiten Weltkrieg.
460 Gerade die jungen Menschen sollen wieder eine positive Idee
461 von Europa und seinen Werten bekommen können – auch
462 wenn der Integrationsprozess gegenwärtig durch eine einsei-
463 tige Wettbewerbsorientierung und fortschreitenden Liberali-
464 sierungs- und Deregulierungsdruck immer mehr in Schiefelage
465 gerät. Während der Binnenmarkt weiter an Konturen gewinnt,
466 tritt die soziale Gestaltung Europas in den Hintergrund. Das
467 Europa der Zukunft muss ein soziales sein, sonst verliert es die
468 politische Akzeptanz in der breiten Bevölkerung - in Deutsch-
469 land, aber auch in den anderen Mitgliedsstaaten der Europäi-
470 schen Union.

471

472 Die sozialen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
473 sind Grundrechte und müssen Vorrang vor den wirtschaftli-
474 chen Grundfreiheiten haben. Wir brauchen eine soziale Fort-
475 schrittssklausel im EU-Recht. Soziale Schutz- und Arbeit-
476 nehmerrechte sowie Grundrechte müssen im Konfliktfall einen
477 höheren Stellenwert haben als die Dienstleistungsfreiheit und
478 der Binnenmarkt. Wirtschaftliche Freiheiten dürfen nicht so
479 ausgelegt werden, dass sie es Unternehmen ermöglichen, die
480 nationalen Arbeits- und Sozialrechte zu umgehen oder sie für
481 Sozialdumping zu missbrauchen.

482

483 Die Mobilität von Unternehmen und damit auch von Arbeit-
484 nehmerinnen und Arbeitnehmern wird zunehmen, nicht
485 zuletzt durch das Auslaufen der Übergangsfristen zur
486 Freizügigkeit und die zunehmende Entsendung von Arbeit-
487 nehmern. Umso wichtiger ist es jetzt, den gesetzlichen Min-
488 destlohn in Deutschland zu verankern und dem Prinzip "Glei-
489 cher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit am gleichen
490 Ort" Geltung zu verschaffen.

491

492

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

493 Für eine soziale Entwicklung in Europa ist die effektive Koordi-
494 nierung der Wirtschaftspolitik nötig. Die Europäische Zentral-
495 bank ist gleichrangig den Zielen hohen Wirtschaftswachstums,
496 Vollbeschäftigung und hoher Geldwertstabilität verpflichtet.
497 Dazu ist aus gewerkschaftlicher Sicht eine Koordination ihrer
498 Politik mit der Wirtschaftspolitik unter Beteiligung der Sozial-
499 partner erforderlich. Zusätzlich ist die grundlegende Über-
500 arbeitung des starren Stabilitäts- und Wachstumspakts von
501 1997 die Voraussetzung dafür, dass eine koordinierte Wirt-
502 schaftspolitik künftig für Wachstum, Beschäftigung und einen
503 ökologischen Umbau sorgen kann.

504

505 **Krisenmanagement und Zukunftsgestaltung**

506

507 Zunächst einmal müssen wir die Arbeitnehmerinnen und
508 Arbeitnehmer und ihre Familien vor den Auswirkungen der
509 Krise schützen. Die gewerkschaftlichen Initiativen zur Kurz-
510 arbeiterregelung, zu öffentlichen Zukunftsinvestitionen und
511 zur Umweltprämie haben die Bedeutung eines beteiligungsori-
512 entierten Krisenmanagements deutlich gemacht. Aber es
513 geht um mehr – es geht uns um die menschliche Gestaltung
514 der Arbeits- und Lebensbedingungen.

515

516

517 **Gute Arbeit bei fairem Lohn - für eine menschliche** 518 **Arbeitswelt**

519

520 Die moderne Arbeitswelt ist immer mehr durch Leistungsdruck
521 und Wettbewerb unter den Beschäftigten geprägt. Die Phasen
522 der Erholung werden immer kürzer, gearbeitet wird rund um
523 die Uhr, Wochenendarbeit wird zum Normalfall. Die Folgen
524 sind psychische und physische Belastungen, Versagensängste,
525 Burn-Out und Depressionen als Volkskrankheiten. Wir müssen
526 die Arbeitswelt wieder menschlicher, solidarischer und gerech-
527 ter machen.

528

529 Unser Ziel ist und bleibt eine menschliche Wirtschaftsordnung
530 und Arbeitswelt, die den Einzelnen nicht überfordert und die
531 genügend Raum und Zeit lässt für Privates, für die Familie und
532 Freunde, für Erholung und die freie Entfaltung der Persön-
533 lichkeit, für gesellschaftliches und politisches Engagement.

534

535 Die Stärkung unseres bewährten Tarifvertragssystems ist die
536 Grundlage für eine menschlichere Arbeitswelt. Wir werden uns
537 daher mit Nachdruck für mehr Tarifbindung in Betrieben und
538 Branchen einsetzen. In Ergänzung dazu fordern wir die Politik
539 zu einer Reform des Verfahrens zur Allgemeinverbindli-
540 cherklärung von Tarifverträgen auf. Sie muss für alle Tarifver-
541 träge möglich sein. Das ist vor dem Hintergrund der ab Mai

542

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

543 2011 geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit und dem In-
544 krafttreten der Dienstleistungsrichtlinie in Europa unerlässlich.

545

546 Auf dieser Grundlage werden wir die Unterbietungskonkur-
547 renz bei Löhnen, Arbeitsbedingungen und Sozialstandards
548 bekämpfen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften
549 fordern eine gesetzliche Grundlage, die ein branchenbezoge-
550 nes Mindestentgelt auf der Grundlage von Tarifverträgen
551 ermöglicht. Deshalb bedarf es der Ausweitung des Ent-
552 sendegesetzes auf alle Branchen. Zusätzlich ist ein gesetzli-
553 cher Mindestlohn einschließlich Mechanismen seiner
554 regelmäßigen Anpassung einzuführen. Dieser gilt dann als un-
555 terste Grenze, wenn Tarifentgelte dieses Niveau unterschrei-
556 ten oder in einer Branche keine Tarifverträge greifen. So ist
557 auch für jene Bereiche eine Haltelinie eingezogen, in denen
558 das System des branchenbezogenen Flächentarifvertrages
559 wegen der Besonderheiten des Wirtschaftssektors nicht oder
560 nicht voll wirksam ist. Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist an
561 die Erfüllung tariflicher und sozialer Mindeststandards zu
562 knüpfen.

563

564 Lohn muss zum Leben reichen, Sicherheit bieten und Lebens-
565 planung ermöglichen. Wir nehmen nicht hin, dass sichere
566 durch unsichere, unbefristete durch befristete, gut bezahlte
567 Arbeit durch Niedriglohn-Jobs ersetzt werden. Die zunehmend
568 ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen muss
569 korrigiert werden. Die politisch gewollte Liberalisierung der
570 Leiharbeit, die Ausweitung von Befristungsregeln, der Wegfall
571 des Zumutbarkeitsschutzes, die Einführung von Ein-Euro-Jobs
572 und des Arbeitslosengeldes II als Kombilohn sowie die Sub-
573 ventionierung der Minijobs haben Lohndumping in den letzten
574 Jahren erheblich gefördert und die gewerkschaftliche Macht
575 zur Durchsetzung höherer Einkommen geschwächt. Notwen-
576 dig ist eine Re-Regulierung, also die Durchsetzung neuer Rah-
577 menbedingungen und sozialer Ordnung auf dem Arbeits-
578 markt, um gute Arbeit für möglichst alle durchzusetzen. Mi-
579 nijobs und die Möglichkeiten zur befristeten Beschäftigung
580 müssen zurückgedrängt werden. Die Kriterien zur Arbeitsauf-
581 nahme für „Hartz IV“-Bezieher müssen die Qualifikation der
582 Arbeitslosen berücksichtigen und gewährleisten, dass nur ta-
583 riflich oder ortsüblich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse
584 zumutbar sind.

585

586 Auch die gesetzlichen Grundlagen der Leiharbeit, mit denen
587 Arbeits- und Tarifbedingungen zunehmend unterlaufen und
588 Dumpinglöhne etabliert werden, müssen dringend geändert
589 werden. Wir fordern gesetzliche Regelungen, mit denen Leih-
590 arbeitnehmerinnen und Leiharbeiter vom ersten Tag an
591 mit den Beschäftigten im Entleihbetrieb gleichgestellt wer-

592

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

593 den – beim Entgelt und allen weiteren Leistungen und
594 Arbeitsbedingungen.

595

596 Immer noch werden Frauen in gleicher Position schlechter be-
597 zahlt als Männer. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche
598 Arbeit“ muss also endlich realisiert werden. Gleichwertige
599 Arbeit muss gleich entlohnt werden. Um dieses Ziel zu errei-
600 chen müssen alle gesellschaftspolitischen Kräfte ihrer Ver-
601 antwortung gerecht werden: vom Gesetzgeber über die Ta-
602 rifvertragsparteien bis zu den betrieblichen Akteuren sind im
603 Rahmen einer national abgestimmten Strategie mehr An-
604 strengungen erforderlich. Außerdem setzen wir uns nach-
605 drücklich für die repräsentative Vertretung von Frauen in Füh-
606 rungspositionen, bessere Aufstiegsmöglichkeiten und die Her-
607 stellung von Arbeitsbedingungen ein, die bessere Vereinbarkeit
608 von Beruf und Familie ermöglichen.

609

610 **Den Strukturwandel gestalten**

611

612 Eine zukunftsfähige industrielle Basis einschließlich eines
613 starken Dienstleistungssektors, eines modernen Handwerks
614 und einer leistungsfähigen öffentlichen Infrastruktur bleibt die
615 Erfolgsvoraussetzung unserer Wirtschaft. Deutschland muss
616 ein starker Industrie- und Dienstleistungsstandort bleiben. Nur
617 so können Gute Arbeit, Innovationen und ein hohes Qualifika-
618 tionsniveau bewahrt werden.

619

620 Wir brauchen eine moderne Strukturpolitik, die auf die Ent-
621 wicklung zukunftsfähiger Wertschöpfungsketten und regio-
622 naler Wirtschaftszusammenhänge ausgerichtet ist. Sie hilft
623 den Beschäftigten der Industrie und des Dienstleistungssek-
624 tors ebenso, wie denen des Handwerks und der öffentlichen
625 Daseinsvorsorge. In der Krise ist ein öffentlicher Beteiligungs-
626 fonds das geeignete Instrument zur Sicherung der Wert-
627 schöpfungsketten und der Eigenkapitalbasis der Unterneh-
628 men. Er kann für Unternehmen, die ein tragfähiges Konzept
629 haben und Arbeitsplätze erhalten, die Eigenkapitalausstattung
630 und die Zukunftsfähigkeit sichern. So wie es Banken gibt, die
631 „too big to fail“ sind, gibt es strategisch relevante Unterneh-
632 men, die im Zweifel durch staatliche Eingriffe gerettet werden
633 müssen. Denn die reale Wertschöpfung ist für den Wohlstand
634 und die politische Stabilität in Deutschland ebenso systemisch
635 wie Banken für die Kapitalversorgung der Märkte.

636

637 Eine zeitgemäße Dienstleistungs-, Industrie- und Handwerks-
638 politik in Deutschland und Europa steht unter dem Eindruck
639 von Globalisierung und Demografie, Rohstoffverknappung
640 und Klimawandel. Klimaschutz und ökologischer Umbau wer-
641 den in Zukunft die industrielle Wertschöpfung prägen. Eine
642 nachhaltige Wirtschaftspolitik fördert gezielt die neuen indus-

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

643 triellen Technologien, gute Dienstleistungen und Organisati-
644 onsinnovationen. Der ökologische Umbau ist eine Notwen-
645 digkeit, gerade auch im Mittelstand. Aber für Qualitätspro-
646 duktion „Made in Germany“ auch eine Chance. Die Weichen
647 müssen jetzt gestellt werden für einen effizienteren Umgang
648 mit Rohstoffen und Energieressourcen, um den Weg zu berei-
649 ten für qualitatives Wachstum, das die Lebensqualität steigert
650 und Beschäftigung nachhaltig sichert.

651

652 Das bedeutet den Wachstumsbegriff zu erweitern. Kennzahlen
653 wie das Bruttoinlandsprodukt messen zwar die Wirtschafts-
654 leistung, sagen aber wenig über das Wohlergehen der Men-
655 schen aus. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften betei-
656 ligen sich aktiv an einem interdisziplinären Dialog zur Imple-
657 mentierung und Weiterentwicklung solcher Kriterien und
658 helfen neue Indikatoren zur Messung des Wohlergehens der
659 Menschen zu entwickeln. Dieses Nettoinlandsprodukt soll
660 auch soziale, menschliche und umweltrelevante Werte be-
661 trachten und damit die Lebensqualität oder Umweltstandards
662 eines Landes darstellen.

663

664 Qualitatives Wachstum muss zukünftig zwischen Außenwirt-
665 schaft und Binnenmarkt ausbalanciert werden. Öffentliche
666 und private Investitionen müssen erhöht und in entsprechende
667 Bereiche, vor allem forschungsintensive Branchen, gelenkt
668 werden, um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu sichern.
669 Erforderlich ist ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit Schwer-
670 punkten wie Netztechnologien (Daten, Energie, Verkehr, Ver-
671 und Entsorgung), Gesundheitswirtschaft, Ressourceneffizienz,
672 erneuerbare Energien, Wohnungsbau und Bildungs- und For-
673 schungsinfrastruktur.

674 Wir fordern zudem verstärkte Anstrengungen, um den An-
675 spruch des Grundgesetzes einzulösen, gleichwertige Lebens-
676 bedingungen in allen Regionen der Bundesrepublik zu ge-
677 währleisten. Dies gilt im Besonderen für Ostdeutschland.

678

679 Der Strukturwandel von Industrie und Dienstleistungen kann
680 nicht nur durch den Markt getrieben werden, sondern bedarf
681 der politischen Gestaltung durch die Gesellschaft – ein Pro-
682 zess, auf den wir Einfluss nehmen. Eine aktive Strukturpolitik
683 zu betreiben heißt Industrie, Dienstleistungen und Handwerk
684 zusammen zu denken und zu verantworten. Ihr Ziel ist der Er-
685 halt und die Schaffung von zukunftsfähigen Arbeits- und Aus-
686 bildungsplätzen. Wir übernehmen nicht nur in den Betrieben
687 Verantwortung für Innovationsprozesse und nachhaltiges
688 Wirtschaften.

689

690 Für uns bedeutet das auch uns einzumischen in die Struktur-
691 und Wirtschaftsförderungspolitik in Regionen, Ländern, Bund
692 und EU sowie Schnittstellen zu betrieblicher Mitbestimmung

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

693 und zu Initiativen für „Gute Arbeit“ zu schaffen. Es bedeutet
694 aber auch, die Zusammenarbeit im DGB zu verbessern und die
695 Schlagkraft der Gewerkschaften zu erhöhen – auch entlang
696 von Wertschöpfungsketten.

697

698

699 **Mitbestimmung stärken, Wirtschaftsdemokratie aus-** 700 **bauen**

701

702 Wir wollen mehr Mitbestimmung. Sozialer Fortschritt setzt im-
703 mer auch ein Mehr an Demokratie voraus. Sie darf nicht vor
704 dem Werkstor enden. Die Krise hat verdeutlicht, dass Aktio-
705 närs- und Gesellschafterinteressen keinen Vorrang haben
706 dürfen vor den Interessen der Beschäftigten und des
707 Allgemeinwohls. Mehr Wirtschaftsdemokratie bedeutet ein
708 Mehr an betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung,
709 eine demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft, plurale
710 Eigentumsformen und eine bessere Regulierung und ma-
711 kroökonomische Steuerung.

712

713 Für die Arbeitnehmervvertretungen gilt es aber gerade ange-
714 sichts einer Krise durch mehr Beteiligung auch präventiv
715 handeln zu können. Dafür bedarf es der Information und
716 qualifizierten Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer
717 Gewerkschaft am Arbeitsplatz, im Betrieb und im Unterneh-
718 men. Gerade in Krisenzeiten darf es keinen einseitigen Ver-
719 zicht der Arbeitnehmer geben.

720

721 **Arbeitnehmerrechte stärken, Arbeitnehmerdaten** 722 **schützen**

723

724 Der Kündigungsschutz gehört zu den zentralen Schutzrechten
725 der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und darf auf keinen
726 Fall gelockert werden. Er schützt vor Willkür und bietet Sicher-
727 heit in unsicheren Zeiten. Vor allem in Kleinbetrieben muss er
728 ausgebaut werden.

729

730 Gleiches gilt für die Tarifautonomie, sie ist und bleibt eine we-
731 sentliche Grundlage unserer Gesellschaftsverfassung. Zumal
732 die Flächentarifverträge zusammen mit hoch flexiblen Arbeits-
733 zeitmodellen in der Krise sehr geholfen haben.

734

735 Der Gesetzgeber ist für die verfassungsrechtlichen Voraus-
736 setzungen der Tarifautonomie zuständig, Gewerkschaften und
737 Arbeitgeberverbände regeln unabhängig von staatlicher
738 Einmischung die Arbeitsbedingungen als Mindestbindungen
739 rechtsverbindlich in Tarifverträgen. Dieses System hat sich be-
740 währt und muss wo immer möglich ausgebaut werden – auch
741 dadurch, dass die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifver-
742 trägen erleichtert wird.

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

743 Die vielen Bespitzelungsskandale der jüngsten Vergangenheit
744 belegen, dass wir dringend ein Arbeitnehmer-Datenschutzge-
745 setz brauchen, wie es der DGB und die Gewerkschaften schon
746 seit langem fordern. Mit der Bespitzelung der Arbeitnehmerin-
747 nen und Arbeitnehmer muss Schluss sein, denn es darf nicht
748 sein, dass grundlegende Bürgerrechte in den Betrieben ausge-
749 hebelt werden.

750

751 **Sozialsysteme stabilisieren und solidarisch finanzie-** 752 **ren**

753

754 Unsere Gesellschaft erfordert einen aktiven Staat, um soziale
755 Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt zu er-
756 reichen. Wir brauchen Sozialsysteme, die ausreichende Sicher-
757 heit in hoher Qualität zu angemessenen Beiträgen bieten.
758 Dazu muss die paritätische Beitragsfinanzierung der sozialen
759 Sicherungssysteme gestärkt und ausgeweitet werden, denn
760 gerade in der Krise zeigt unser Sozialsystem seine Stärke. So-
761 zialpartnerschaft und starke solidarische Sozialsysteme sind
762 von der breiten Mehrheit der Bevölkerung gewollt und sorgen
763 für Gerechtigkeit, Sicherheit und einen fairen Ausgleich zwi-
764 schen Jung und Alt, Gesunden und Kranken sowie zwischen
765 Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Vorsorge und Vorbeugung
766 sollen die bestehenden Säulen der sozialen Sicherungssysteme
767 unterstützen.

768

769

770

771 Im Gesundheitswesen und bei der Pflege fordern wir die
772 Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, deren Fi-
773 nanzierung sich nach der Leistungsfähigkeit richtet und auch
774 hohe Kapitaleinkünfte berücksichtigt. Die privaten Kran-
775 kenversicherungen werden in den Solidarausgleich ein-
776 bezogen. Für Krankenhäuser und Altenpflege brauchen wir
777 dauerhaft mehr Geld, einschließlich der Ausgaben für qualifi-
778 ziertes Personal. Denn gute Qualität bei Gesundheit und
779 Pflege hängt auch von guten Arbeitsbedingungen aller Be-
780 schäftigten ab. Für die bereits privatversicherten Beamten und
781 Versorgungsempfänger ist ein Wahlrecht für die Bürgerversi-
782 cherung vorzusehen.

783

784 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen die Er-
785 höhung des gesetzlichen Rentenalters – wie auch die
786 schrittweise Anhebung der Pensionsaltersgrenze – auf das 67.
787 Lebensjahr weiterhin ab.

788

789 Wir benötigen flexible, sozialstaatlich abgesicherte Regelun-
790 gen für den Übergang in den Ruhestand – vor allem für
791 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durch ihre berufli-
792 che Tätigkeit starken körperlichen oder psychischen Belastun-

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

793 gen ausgesetzt und deswegen im Alter gesundheitlich beein-
794 trächtigt sind.

795

796 Zudem müssen die öffentlichen Alterssicherungssysteme auch
797 künftig den wesentlichen Beitrag zur Lebensstandardsiche-
798 rung leisten. Die vom Gesetzgeber beschlossene Absenkung
799 des Renten- und Versorgungsniveaus reißt eine zu große Lü-
800 cke in die Absicherung der Beschäftigten für das Alter und für
801 den Fall der Erwerbsminderung bzw. der Dienstunfähigkeit.
802 Dadurch wird die Akzeptanz der gesetzlich geregelten Alters-
803 sicherungssysteme gefährdet.

804

805 Ein moderner Sozialstaat setzt auf Prävention. Qualifizierung
806 und Weiterbildung müssen an die Stelle des phantasielosen
807 Drucks durch Transferkürzungen und verschärfter
808 Zumutbarkeit treten. Wir brauchen im Gegenteil eine deutli-
809 che Erhöhung der Hartz IV-Sätze. Ein moderner Sozialstaat
810 betreibt Beschäftigungspolitik. Der Ausbau von öffentlichen
811 Angeboten, sozialen Dienstleistungen und von Kultur- und
812 Freizeiteinrichtungen ist die Alternative zur passiven Finanze-
813 rung von Langzeitarbeitslosigkeit. Ein moderner Sozialstaat ist
814 aber auch ein investiver Sozialstaat. Er muss in Bildung,
815 Gesundheit, Klimaschutz und Infrastruktur investieren.

816

817 **Bildung für alle, finanziert von allen**

818

819 Bildung ist ein Menschenrecht. Eine gute Qualifizierung und
820 Bildung ist wichtig für die Entwicklung der Menschen sowie
821 für Innovationen und technologischen wie gesellschaftlichen
822 Fortschritt. Gute Bildung für alle wird für ein stabiles demok-
823 ratisches Gemeinwesen und für soziale Gerechtigkeit immer
824 entscheidender. Ihre Funktionen für Demokratie, die Persön-
825 lichkeitsentwicklung und die Qualifikation müssen gestärkt
826 werden.

827

828 Bildung entscheidet wie kein zweiter Faktor über die Verwirk-
829 lichung grundlegender Werte wie Chancengleichheit und so-
830 ziale Gerechtigkeit. Denn ohne Bildung sind Menschen chan-
831 celenlos auf dem Arbeitsmarkt und eingeschränkt bei der Ent-
832 faltung ihrer Persönlichkeit. Deshalb bleibt sie vornehmste
833 Aufgabe des Staates und sollte nicht privaten Bildungsträgern
834 überlassen werden.

835

836 Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir
837 setzen uns für die „Schule für Alle“ ein, denn gemeinsames
838 Lernen fördert Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit.
839 Die Talente und Begabungen junger Menschen brachliegen zu
840 lassen können wir uns nicht leisten. Wir müssen sie fördern,
841 ihnen gleiche Bildungschancen bieten, ihnen Raum zur Entfal-

842

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

843 tung geben und genügend Ausbildungs- und Studienplätze
844 bereitstellen.
845 Qualifizierung und Ausbildung helfen, Arbeitslosigkeit zu ver-
846 meiden. Fachkräftemangel nach der Verrentung der geburten-
847 starken Jahrgänge ist absehbar. Die Ausbildung junger Men-
848 schen muss deshalb immer, nicht nur in Krisenzeiten, oberste
849 Priorität haben. Und das Ziel der betrieblichen Ausbildung
850 muss die Übernahme der Auszubildenden in den Betrieb sein.
851 Die Gewerkschaften engagieren sich aktiv auf dem Feld der
852 betrieblichen Weiterbildung. Mit dem Aufbau von Beratungs-
853 strukturen und der Unterstützung betrieblicher Qualifizie-
854 rungsinitiativen können die technologie- und demogra-
855 fiebedingten Herausforderungen im Interesse der Menschen
856 und der Unternehmen gestaltet werden.

857

858 Die Gewerkschaften sind aktiv in der Mitbestimmung in der
859 beruflichen Bildung. In den Berufsbildungs- und Prüfungsaus-
860 schüssen kämpfen sie für die Qualität der beruflichen Bildung.
861 Gewerkschaften mischen sich ein, wenn es darum geht, die
862 soziale Spaltung in unserem Bildungswesen zu bekämpfen.
863 Sie unterstützen die Schülerinnen und Schüler sowie die
864 Studierenden als Lobby für Chancengleichheit im Bildungswe-
865 sen.

866 Bildungsarbeit gehört wieder ins Zentrum gewerkschaftlicher
867 Arbeit. Auch die politische Bildung muss gestärkt werden. Sie
868 gehört zu den unerlässlichen Elementen einer demokratischen
869 Kultur. Sie vermittelt Verständnis für und Wissen über unsere
870 Gesellschaft und ist ein unverzichtbares Instrument, um ger-
871 ade junge Menschen zu motivieren und zu befähigen, kritisch
872 und aktiv am politischen Leben teilzunehmen.

873

874 **Gerechtes Steuersystem und ausreichende öffentliche** 875 **Einnahmen**

876

877 Die Steuerpolitik der vergangenen Jahre hat die Verteilungs-
878 ungerechtigkeit vergrößert und den Handlungs- und Gestal-
879 tungsspielraum des Staates eingeengt. Hinzu kommt, dass die
880 Schuldenbremse dem Staat erschwert, in Krisenzeiten an-
881 tizyklisch gegenzusteuern. Sie muss weg. Wir brauchen ein
882 sozial gerechtes Steuersystem, das insgesamt höhere Staats-
883 einnahmen als heute sichert.

884

885 Steuergerechtigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für so-
886 ziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Die krisenbeding-
887 ten Mindereinnahmen und Mehrausgaben der öffentlichen
888 Haushalte dürfen nicht mit verstärkten Ausgabenkürzungen
889 beantwortet werden. Wir setzen uns für eine fundamentale
890 Umkehr in der Steuerpolitik ein. Denn ohne stärkere Belas-
891 tung von Unternehmen, Vermögenden und Empfängerinnen
892 und Empfängern hoher Einkommen droht sozialer Kahlschlag.

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

893 Um eine solche Politik im nationalen Rahmen abzusichern,
894 bedarf es auch konsequenter Zusammenarbeit auf europäi-
895 scher Ebene. Dann können legale und illegale Steuerflucht
896 und ein schädlicher Steuerwettbewerb besser bekämpft wer-
897 den.

898

899 **Öffentlich ist wesentlich**

900

901 Die Handlungs- und Steuerungsfähigkeit des Staates darf
902 nicht weiter durch Deregulierung, Privatisierungen und Steuer-
903 senkungen, die sich Bund, Länder und Kommunen nicht leis-
904 ten können, ausgehöhlt werden. Der Staat muss wieder mehr
905 in die Zukunft investieren. Der Anteil der öffentlichen Investi-
906 tionen an der Wirtschaftsleistung muss mindestens auf das
907 europäische Durchschnittsniveau von 2,5% am BIP angeho-
908 ben werden. Damit werden öffentliche Investitionen dauerhaft
909 auf hohem Niveau verstetigt.

910

911 Deutschland weist wegen des massiven Personalabbaus in
912 den vergangenen Jahren im internationalen Vergleich einen
913 sehr kleinen Anteil an öffentlichen Beschäftigten auf. Die öff-
914 entliche Hand muss die bestehende Lücke im Bereich der so-
915 zialen und gesellschaftsorientierten Dienstleistungen – das
916 sind die Felder Gesundheit, Erziehung und Bildung, Soziales,
917 aber auch die öffentliche Verwaltung – durch eine nachhaltige
918 Erhöhung der öffentlichen Beschäftigung schließen. Zugleich
919 gilt es Qualifikationsanforderungen und angemessene gute
920 Löhne auch bei den privaten und freigemeinnützigen Anbie-
921 tern solcher Dienstleistungen durchzusetzen.

922

923 Es bleibt beim klaren Nein der Gewerkschaften zu weiteren
924 Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge.
925 Gerade die Kommunen nehmen vielfältige Aufgaben der öff-
926 entlichen Daseinsvorsorge wahr. Deshalb dürfen die Städte
927 und Gemeinden nicht durch Steuersenkungen ausbluten, denn
928 ihre Dienstleistungen sind wesentlich für die Lebensqualität
929 der Menschen. Das gilt gleichermaßen für die Aufgaben der
930 Länder im Bereich der Bildung oder der öffentlichen Sicher-
931 heit.

932

933 **Integration heißt Teilhabe**

934

935 Integration ist und bleibt eine der wichtigsten Zukunftsaufga-
936 ben in unserem Land. Wir setzen uns für eine grundsätzliche
937 Neuausrichtung der Integrationspolitik ein. Die Teilhabechan-
938 cen der Migrantinnen und Migranten müssen in allen Lebens-
939 bereichen verbessert werden. Das kann nur gelingen, wenn
940 wir das Thema Integration als eines ansehen, das die
941 Grundlagen unserer Demokratie berührt. Der Einsatz für bes-

942

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

943 sere Integration steht im Mittelpunkt unseres Einsatzes für
944 mehr Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung.

945

946 **3. Umbau jetzt**

947

948 Die Krise hat schwere soziale Verwerfungen in Deutschland,
949 Europa und weltweit offen gelegt und verstärkt. Ein Zurück
950 zur Vor-Krisen-Zeit darf es nicht geben. Vielmehr ist die Er-
951 arbeitung und Durchsetzung einer neuen Weltwirtschaftsord-
952 nung dringlicher denn je, damit nicht schon bald die nächste
953 Blase platzt. Ein tiefgehender Umbau der Wirtschaft- und So-
954 zialordnung ist unausweichlich und notwendig. Dafür werden
955 ein starker DGB und durchsetzungsfähige Gewerkschaften
956 mehr denn je gebraucht – im Interesse der Mehrheit der Men-
957 schen.

958

959

960

961

962